



BID kritisiert Bruch des Koalitionsvertrags

Berlin – Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland bewertet den jüngsten Referentenentwurf zur Dämpfung des Mietanstiegs in angespannten Wohnungsmärkten als Bruch des Koalitionsvertrags. Der Gesetzentwurf hat aus Sicht der BID zahlreiche Mängel, die in den anstehenden Beratungen behoben werden müssen. Dazu zählen das Fehlen eines Maßnahmenplans zur Behebung des Wohnungsmangels und die Anwendbarkeit des Gesetzes nur auf Gebiete mit tatsächlicher Mangellage, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Zudem fehlt eine eindeutige Definition, unter welchen Voraussetzungen ein Wohnungsmarkt als angespannt gilt. Diese Entscheidung darf nicht den Ländern überlassen werden, weil die Verfassung verlangt, dass eine Ermächtigung zu Erlass von Verordnungen inhaltlich bestimmt sein muss. Auch die ursprünglich angekündigte zeitliche Befristung des Gesetzes auf fünf Jahre fehlt. Die Union muss aus Sicht der Immobilienwirtschaft auf das Einhalten des Koalitionsvertrags pochen, um Schaden vom Wohnungsmarkt abzuwenden.

„Justizminister Maaß schießt weit über das Ziel hinaus. Wir appellieren an die Union, aber auch an Bundesministerin Hendricks, hier so schnell wie möglich nachzubessern. Es kann nicht sein, dass quasi durch die Hintertür der Koalitionsvertrag ausgehebelt wird. Beide Koalitionspartner haben richtig erkannt, dass die Probleme in einigen angespannten Wohnungsmärkten nicht durch einen dauerhaften Eingriff in den Markt behoben werden können. Dem muss der Gesetzentwurf stärker Rechnung tragen“, fordert Andreas Mattner, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss. „Die Mietpreisbremse doktert nur an den Symptomen herum und löst nicht das Problem von zu wenig bezahlbarem Wohnraum. So wird sie zum Bumerang und wirkt als Investitionsbremse beim Wohnungsbau. Der aktuelle Gesetzentwurf aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bestätigt diese Befürchtung leider“, so Mattner weiter.

Offen bleibt zudem, welche Kriterien ein Wohnungsmarkt erfüllen muss, um als angespannt zu gelten. „Länder und Kommunen dürfen keinen Freifahrtschein für die Mietpreisbremse erhalten. Vielmehr muss bereits im Gesetz klar definiert sein, wann ein Wohnungsmangel vorliegt, der eine Mietpreisbremse rechtfertigt“, so Mattner. Problematisch sei außerdem, dass nicht deutlich genug werde, dass dieser Eingriff in den Wohnungsmarkt - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen - nur für fünf Jahre gelten soll. „Die Mietpreisbremse darf nicht zum Dauerinstrument werden. Nach fünf Jahren muss der Spuk ein Ende haben. Ansonsten ist der Mietwohnungsmarkt in Deutschland massiv gefährdet“, warnt Mattner.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, bsi, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info

**BID Bundesarbeitsgemeinschaft
Immobilienwirtschaft Deutschland**

c/o Zentraler Immobilien Ausschuss
Wallstraße 16
10179 Berlin

www.bid.info

Büroleitung der BID
Dennis Beyer

Tel.: 030 / 2021 585 41
Mobil 0173 / 59 67 086
Fax: 030 / 20 21 585 29
E-Mail: dennis.beyer@bid.info

Pressekontakt
Denis McGee

Pressesprecher des ZIA
Tel.: 030 / 2021 585 17
Fax: 030 / 20 21 585 29
E-Mail: presse@bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

DDIV Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher
Pfandbriefbanken

bsi Bundesverband Sachwerte und
Investmentvermögen

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss